

Entlastungsprogramm 2004

Konferenzielle Vernehmlassung

mit den Nicht-Bundesratsparteien

vom 22. November 2004

PROTOKOLL

Anwesend

Bundesrat	Hans-Rudolf	Merz	EFD
Nationalrätin	Ruth	Genner	Grüne
Nationalrätin	Therese	Frösch	Grüne
	Peter	Bonsack	EDU-UDF
	Stéphane	Derron	EDU-UDF
	Ulrich	Bolleter	EVP
	Dominic	Roser	EVP
	Monika	Bloch Süss	CSP
	Michel	Monney	CSP
	Christophe	Berdat	PLS/LPS
Direktor	Peter	Siegenthaler	EFV
Vizedirektor	Karl	Schwaar	EFV
	Jürg	Röthlisberger	ASTRA
	Marianne	Widmer	EFV
	Michael	Stalder	EFV (Protokoll)

Bundesrat H.R. Merz begrüsst die Teilnehmer und dankt für ihr Erscheinen. Er betont die Einigkeit unter allen Parteien, die Schuldenwirtschaft des Bundes zu beenden. Dies haben auch die Von-Wattenwyl-Gespräche deutlich gezeigt. Selbstverständlich bestehen über den Weg dorthin grosse Differenzen.

Bundesrat Hans-Rudolf Merz erläutert die Schwerpunkte des Entlastungsprogramms 2004 (EP 04). Dieses setzt im Wesentlichen auf der Ausgabenseite an und bildet Schwerpunkte bei 20 Aufgabenbereichen. Wachstumsbereiche wie Bildung und Verkehr sollen absichtlich geschont werden. Einnahmenseitig wird auf die Schaffung neuer Steuern verzichtet. Steuererhöhungen sind im EP 04 nicht vorgesehen. Die BAK Basel Economics hat die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der geplanten Entlastungsmassnahmen untersucht und konnte in ihren Modellrechnungen nur moderate Folgen für Wachstum und Beschäftigung nachweisen. Die Kantone haben Gelegenheit erhalten, in einer Vorkonsultation zu den Planungsbeschlüssen des Bundesrats zum EP 04 Stellung zu nehmen. Sie lehnen reine Lastenabwälzungen oder Mehrbelastungen ohne jeglichen Handlungsspielraum für den Kanton ab. Der Bundesrat hat signalisiert, dass ihm viel an einer Verständigungslösung liegt.

Nationalrätin R. Genner (Grüne) ist der Meinung, dass die Auswirkungen des EP 04 auf die Aufgabenerfüllung des Staat und die Arbeitslosigkeit weit aus grösser sind, als dies der Bundesrat darstellt. Es darf nicht vergessen werden, dass die verschiedenen Sparprogramme von Bund und Kantonen grösstenteils noch nicht voll wirksam sind.

Die Grünen sind der Auffassung, dass es sich zur Zeit um eine konjunkturelle Krisensituation handelt und dass der Bund sich mit dem Abbau von Leistungen nicht seine Handlungsspielräume beschneiden darf. Sie sind überzeugt, dass es gezielte Investitionen braucht, so im Bildungsbereich oder im Energiebereich. Die von den Grünen vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Militär, Strassen) sollen gezielt für Innovation eingesetzt werden.

Die Grünen bedauern einerseits, dass auf der Einnahmenseite keine Massnahmen vorgesehen sind. Andererseits erachten sie die Einnahmenschätzungen des Bundes als zu pessimistisch (v.a. bei der Verrechnungssteuer); dies obwohl der Bund selbst im Finanzplan mit einem konjunkturellen Aufschwung rechnet. Geht man von der wirtschaftlichen Entwicklung aus, die der Bund im Finanzplan aufzeichnet, so müsste der k-Faktor 1 sein, was das Defizit bzw. den Bereinigungsbedarf verändern würde. Nationalrätin Genner teilt die Einschätzung, dass die Zinslast des Bundes zu hoch ist, versteht aber nicht, wie unter diesem Aspekt der Bundesrat noch vor einem halben Jahr zu Steuersenkungen (im Rahmen des Steuerpaketes) aufrufen konnte.

U. Bolleter (EVP) begrüsst eine gesunde Finanzpolitik, sieht aber im EP 04 den falschen Weg. Er fordert, dass im Zentrum die Förderung von Arbeitsplätzen und Wachstum stehen soll. Bildung/Forschung und die Infrastrukturprojekte dürfen nicht in gleichem Masse wie die wachstumshemmenden Transferzahlungen gekürzt werden. Ein Sparprogramm nach den Grundsätzen der Opfersymmetrie ist wachstumshemmend und erhöht die Arbeitslosigkeit.

Herr Bolleter sieht immer noch Sparmöglichkeiten im Bereich der Landwirtschaft und der Armee. Weiter befürchtet er, dass durch die Entlastungsprogramme die Kräfte der Regierung, der Verwaltung und des Parlamentes gebunden sind und damit grundlegende Reformen in den Hintergrund gedrängt werden.

M. Bloch Süss (CSP) erklärt, dass die CSP einem weiteren EP eher kritisch gegenüber steht. Die CSP widersetzt sich nicht generell dem EP 04, jedoch gibt es für sie folgende Tabu-Bereiche:

- Humanitäre Hilfe
- Hilfe für sozial Schwächere
- Öffentlicher Verkehr.

Sparmassnahmen in diesen Bereichen lehnt die CSP strikte ab.

Frau Bloch Süss unterstreicht, dass die Schweiz eine der tiefsten Fiskalquoten in Europa hat. Für die CSP ist eine tiefe Steuerquote jedoch nicht das primäre Ziel; vielmehr fordert sie einen gut funktionierenden Staat, der seine Aufgaben verantwortungsvoll und menschenwürdig wahrnimmt. Sie betont, dass viele Menschen in der Schweiz Hilfe zur Selbsthilfe benötigen; ihnen darf auch in finanziell schlechten Zeiten diese nicht vorenthalten werden. Steuersenkungen helfen immer nur einem Teil der Bevölkerung.

Chr. Berdat (PLS) considère indispensable le paquet d'économies proposé, qui est une démarche positive et novatrice, et rappelle que son parti avait demandé des coupures supplémentaires. Il mentionne également le refus de toute ponction fiscale supplémentaire. Pour lui, le PAB 04 contient des mesures nécessaires et impératives, insistant sur les dépenses et comportant un potentiel de réformes. De manière générale, le PLS partage les avis de la Conférence des gouvernements cantonaux, à l'exception du renoncement à l'objectif social des primes d'assurance. Il y a cependant quelques points négatifs :

- L'absence de priorités dans les allègements proposés et le manque de visions politiques de certaines des mesures proposées ;
- Le PAB 04 donne une impression de mosaïque, et le maintien d'une sorte d'égalité de traitement, de symétrie des sacrifices, n'est pas entièrement satisfaisante, dans la mesure où des priorités plus clairement définies auraient été souhaitables ;

Les tâches fondamentales que la majorité du gouvernement entend assurer pour la pérennité de notre Etat social devraient être clairement déterminées dans le message.

P. Bonsack (EDU) betont, dass die EDU das EP 04 unterstützt. Er unterstreicht, dass mit der Finanzpolitik der letzten 15 Jahre, in welchen nur Schulden angehäuft wurden, aufgehört werden muss.

Bundesrat H.R. Merz erläutert die Standbeine der finanzpolitischen Strategie des Bundesrates:

1. Budgetpolitik

Unter diese Kategorie fallen die jährlichen Arbeiten an den Voranschlägen sowie Entlastungsprogramme und Aufgabenverzichtsplanung. Kürzungen sind daher ohne grosse strategische Absichten. Es wird dort gekürzt, wo bis jetzt die grössten Zuwächse zu verzeichnen waren, wobei betont werden muss, dass im Sozialbereich trotz hohen Zuwachsraten im Rahmen des EP 04 keine Kürzungen vorgenommen worden sind.

2. Verwaltungsreform

Ein Bundesratsausschuss sucht hier nach grundlegenden Projekten für eine schlankere und effizientere Verwaltung. Es werden u.a. Fragen zur Zusammenlegung von Ämtern, Outsourcing von Aufgaben etc. diskutiert und näher geprüft.

3. Grundlegende Reformen

Dazu zählen u.a. die IV-Revision und die Fragen um die Pensionskasse des Bundes. Im Weiteren soll abgeklärt werden, was die Folgen eines Staatsabbaus von 10-40 % wären.

4. Steuerpolitik

Darunter fallen die Ausgestaltung der Unternehmenssteuerreform, die Familienbesteuerung und die Kinderabzüge. Dabei ist zu beachten, dass alle Steuerreformen zu Einnahmenausfällen beim Bund führen werden.

Nationalrätin T. Frösch (Grüne) sieht keine politischen Schwerpunkte im EP 04. Es wurde mehr nach technisch, strategischen Überlegungen aufgebaut, damit es im Bundesrat überhaupt mehrheitsfähig war.

Sie stellt weiter die Frage nach den Reserven (rund 200 Millionen) und erklärt, dass sie versteht, dass der Bund gewisse Reserven bilden will, jedoch unter dem Aspekt, dass in sehr vielen Bereichen die Mittel knapp werden, eine Reservenbildung fast ein wenig unmoralisch wirke.

Bundesrat H.R. Merz erklärt, dass die wachstumsträchtigen Bereiche wie Bildung/Forschung und öffentlicher Verkehr im EP 04 doch eher geschont wurden im Gegensatz zu anderen Bereichen. Weiter gibt es keine Sozialversicherung, die nur im geringsten einen Leistungsabbau vorsieht; somit wurden im EP 04 Schwerpunkte gesetzt. In allen anderen Bereichen wird angestrebt, dass der Staat nicht mehr wächst als die Volkswirtschaft.

U. Bolleter (EVP) wünscht, dass der Bund nicht nur von oben her überlegt, wo gespart werden kann, sondern von unten her überprüft, was der Staat noch benötigt und was eben nicht. Tut man dies, so wird man wieder - unter anderem - auf die Arme stossen, wo weiterhin Reformen notwendig sind und ein Sparpotential besteht.

Herr Bolleter ist sich bewusst, dass grundsätzliche Reformen schwierig sind und Zeit brauchen, wünscht sich aber trotzdem, dass Bundesrat und Bundesratsparteien hier Schwerpunkte setzen und ihre Führungsrolle stärker wahrnehmen.

Bundesrat H.R. Merz betont nochmals, dass es sich beim EP 04 um eine kurzfristige Massnahme handelt und dass die grossen Reformen (Verwaltungsreform, etc.) mehr Zeit benötigen.

Chr. Berdat (PLS) est, à l'exception de quelques détails, entièrement d'accord avec le projet. Les exceptions sont les suivantes : En premier lieu, par rapport à la coopération au développement, il regrette que l'objectif de Monterrey, soit une aide publique au développement de 0,4% du RNB, ne soit plus forcément assuré à partir de 2010. Si la moyenne des investissements reste satisfaisante malgré les mesures

proposées, il s'interroge sur la possibilité de faire des économies dans le budget de l'information extérieure de la DDC, qui dépasse 50 millions. En second lieu, le PLS est totalement opposé aux mesures de réductions concernant la défense nationale. En effet, le budget de l'armée a été sans cesse diminué depuis 15 ans, et le moment est venu de dire «stop» si on veut garder une armée crédible. En dernier lieu, les Hautes écoles et la recherche subissent des coupes entre 11 et 12 %, alors qu'elles ne représentent environ que 5% du ménage fédéral, et on ne comprend pas bien pourquoi de telles coupes sont envisagées dans un secteur d'avenir, d'autant plus que le Conseil fédéral a manifesté le 18 novembre son intention de soutenir davantage les Hautes écoles et les universités à partir de 2008.

Nationalrätin R. Genner (Grüne) kritisiert, dass weiterhin bei den Hochschulen gespart wird. Sie ist sich bewusst, dass in diesem Bereich hohe Zuwachsraten zu verzeichnen sind; diese waren aber auch dringend nötig, um den Qualitätsverlust im Bildungswesen zu stoppen. Gleiches gilt für die Entwicklungszusammenarbeit, da werden trotz Millenniumsziel die Mittel immer mehr zurückgefahren, was enttäuschend ist. Hingegen sind die Grünen damit einverstanden, dass weiter bei der Armee und im Strassenverkehr gespart wird. Sie sprechen sich jedoch deutlich gegen Kürzungen im öffentlichen Verkehr aus. Die Grünen betonen, dass sich der Bundesrat im Legislaturplan klar zur Nachhaltigkeit bekannt hat und machen auf die verschiedenen Volksentscheide zugunsten des öffentlichen Verkehrs aufmerksam. Auch kritisiert Nationalrätin Genner die Lastenverschiebung zu Ungunsten der Kantone im regionalen Personenverkehr.

M. Bloch Süss (CSP) kritisiert ebenfalls die Kürzungen im regionalen Personenverkehr. Sie betont zudem, dass bei der Entwicklungszusammenarbeit nicht gespart werden darf, trifft es doch in diesem Bereich die Ärmsten dieser Welt.

St. Derron (EDU) betont, dass die EDU seit 30 Jahren für eine gesunde Finanzpolitik votiert; in diesem Sinne will die EDU nun nicht einzelne Details des EP 04 kritisieren. Um kohärent zu bleiben, verzichtet die EDU bewusst auf Forderungen zu einzelnen Punkten, wohlwissend dass das EP 04 sich im Kontext einer breiteren politischen Diskussion befindet (Schuldenbremseartikel in der Bundesverfassung, Defizitabbauplan, Aufgabenverzichtsplanung), in welcher die EDU ihre Anliegen vorbringt bzw. vorbringen wird.

Nationalrätin T. Frösch (Grüne) lehnt die Lastenabwälzung auf die Kantone und Gemeinden, insbesondere im Asyl- und Gesundheitsbereich (KVG), ab.

M. Bloch Süss (CSP) lehnt ebenfalls die Abwälzung der Verwaltungskostenpauschale im Asylbereich auf die Kantone ab. Sie wünscht auch, dass wieder Kontingentsflüchtlinge in der Schweiz aufgenommen werden, handelt es sich hier doch um nur sehr wenige, aber anerkannte Flüchtlinge.

Weiter stellt sie sich die Frage, inwieweit sich die Verschiebung von Nationalstrassenprojekten wirklich lohnt, und ob es nicht sinnvoller wäre, gewisse Projekte definitiv fallen zu lassen. Insbesondere fordert sie, im Nationalstrassenbau folgende Projekte von den Sparmassnahmen auszunehmen: N16 (Jura) und N8 (Umfahrung Lungern).

M. Monney (CSP) se pose la question de savoir en quoi les mesures proposées dans le cadre des grands projets ferroviaires (suppression des intérêts pour les CFF pour la première étape de Rail 2000 ; suppression des intérêts et indemnisation plus faible des amortissements pour le BLS ; renonciation au remboursement des fonds RPLP retenus dans le cadre du PAB 03) constituent réellement des économies.

Direktor P. Siegenthaler (EFV) erklärt, dass die Finanzierung der Eisenbahngrossprojekte in dem Sinne geändert wird, als dass künftig keine verzinslichen Darlehen im Umfang von 25 % der Projektkosten mehr gewährt, sondern neu Vorschüsse zu Lasten des Fonds ausbezahlt werden. Der Fonds hat dann diese Vorschüsse zu verzinsen und zurück zu bezahlen. Diese momentan im Parlament hängige Änderung ist deshalb nötig, weil die Bahnen, welche die Tunnels betreiben sollen, nicht in der Lage sein werden, diese Darlehen zu verzinsen oder gar zurück zu bezahlen.

Er weist daraufhin, es sich bei den Massnahmen im Bildungsbereich einerseits nur um einen Reservenabbau handelt (Nationalfonds) und andererseits weitreichende flankierende Massnahmen vorgesehen sind (Übertragung der Immobilien im ETH-Bereich).

Auf die Frage von Nationalrätin Frösch bezüglich der Reserven gibt er zu bedenken, dass der Bund aufgrund der positiven wirtschaftlichen Aussichten gezwungen sein wird, in den nächsten Jahren Überschüsse zu erwirtschaften; somit kann von Reservenbildung nicht die Rede sein.

M. Bloch Süss (CSP) wünscht, dass bei der zivilen Konfliktbearbeitung, bei den Menschenrechten, bei der Chemiewaffenabrüstung und bei Jugend+Sport nicht gespart wird.

D. Roser (EVP) betont, dass in der Entwicklungszusammenarbeit nicht gespart werden darf. Ein Sparpotential sieht er weiterhin bei der Armee. Weiter ist zu bemerken, dass die Einnahmeseite nicht gänzlich ausser Betracht fallen darf.

Bundesrat H.R. Merz hält fest, dass er den Bundesrat über die konferenzielle Vernehmlassung informieren wird. Er schliesst die Konferenz mit einem Dank für die konstruktive Zusammenarbeit und für das Verständnis für die kurzen Fristen.